Samstag, 15. August 2026, 15:58 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Verpulverte Billionen

Die USA haben seit dem Zweiten Weltkrieg Billionen Dollar für Kriege ausgegeben — genug, um den weltweiten Hunger über Jahrzehnte hinweg mehrfach zu beenden.

von Alex Günther
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (New Africa, irin-k, Volodymyr TVERDOKHLIB)

Ein aktueller Kommentar von Rainer Rupp auf apolut, der sich auf einen bemerkenswerten Beitrag des früheren Biden-Beraters Michael Fuchs in der Zeitschrift Foreign Affairs bezieht (1, 2), bringt eine

Zahl in Erinnerung, die man kaum fassen kann: Allein der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ nach dem 11. September 2001 hat die Vereinigten Staaten nach Berechnungen des Costs-of-War-Projekts der Brown University rund acht Billionen Dollar gekostet (3). Was diese Summe tatsächlich bedeutet, erschließt sich erst im Vergleich — und dieser Vergleich lohnt sich.

Eine Zahl, die den Verstand übersteigt

Eine Billion ist eine Zahl mit zwölf Nullen — eintausend Milliarden. Acht Billionen Dollar für zwei Jahrzehnte Kriegsführung in Afghanistan, im Irak und an weiteren Schauplätzen ist damit eine Größenordnung, bei der menschliches Zahlenverständnis an seine Grenzen stößt. Zur Einordnung: Das Welternährungsprogramm und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen beziffern die jährlichen Kosten, um den weltweiten Hunger bis zum Jahr 2030 zu beenden, je nach Berechnungsmodell auf 37 bis 93 Milliarden Dollar (4, 5). Selbst bei der oberen Schätzung von 93 Milliarden Dollar pro Jahr hätten die acht Billionen Dollar aus dem „Krieg gegen den Terror“ ausgereicht, um den Hunger auf der Welt 86 Jahre lang vollständig zu beenden.

Das Welternährungsprogramm selbst formuliert es so: Die Beendigung des weltweiten Hungers würde weniger als ein Prozent der globalen Militärausgaben eines einzigen Jahrzehnts kosten — 21,9 Billionen Dollar wurden demnach allein in den vergangenen zehn Jahren weltweit für Rüstung ausgegeben (5).

Der menschliche Preis

Die reinen Dollar-Zahlen erzählen jedoch nur die halbe Geschichte. Nach den Erhebungen des Costs-of-War-Projekts der Brown University, im US-Bundesstaat Rhode Island, kamen im Zuge der Kriege seit 2001 mehr als 940.000 Menschen durch unmittelbare Gewalteinwirkung ums Leben, darunter 432.000 Zivilisten. Weitere 3,6 Millionen Menschen starben an den indirekten Folgen des Staatszerfalls — Hunger, Krankheit, Bürgerkrieg — in Afghanistan, im Irak, in Pakistan, in Syrien und im Jemen. 38 Millionen Menschen wurden vertrieben.

> ***Auf amerikanischer Seite kamen mehr als 15.000 Soldaten und Vertragssöldner ums Leben, und 1,8 Millionen Kriegsveteranen tragen dauerhafte Behinderungen unterschiedlichen Ausmaßes davon (3).***

Michael Fuchs, der den bemerkenswerten Beitrag in *Foreign Affairs* — dem Hausorgan des einflussreichen Council on Foreign Relations — verfasst hat, bringt es auf den Punkt: Man müsse in die Augen der Kinder sehen, die ihre Eltern verloren haben, und eine ganze Generation, der die Chance auf ein normales Leben gestohlen wurde (2). Bemerkenswert ist dabei weniger die Aussage selbst als ihr Absender — ein Mann, der unter Präsident Barack Obama im Außenministerium tätig war und heute Direktor der Open Society Foundations ist, fordert im Zentralorgan des außenpolitischen Establishments den vollständigen Truppenabzug aus dem Nahen Osten (2).

Ein zerstörtes Beispiel — und was daraus geworden wäre

Das Muster, das Fuchs für den Nahen Osten beschreibt, lässt sich

auch andernorts besichtigen — und dort wird es besonders konkret. Wie sich Kriegskosten und verschenkte Entwicklungsmöglichkeiten unmittelbar gegenüberstehen, zeigt ein Beispiel aus Libyen. Muammar al-Gaddafi hatte mit dem Great Man-Made River (GMMR) Project ein gigantisches unterirdisches Leitungssystem errichten lassen — über 4.000 Kilometer Rohrleitungen, die fossiles Grundwasser aus dem Nubischen Sandstein-Aquifer unter der Sahara zu den libyschen Küstenstädten und landwirtschaftlichen Flächen transportierten, vollständig aus eigenen Ölerlösen finanziert (9, 11). Bis zum Kriegsbeginn 2011 waren bereits mehr als 70 Prozent des Projekts fertiggestellt (9). Im Juli desselben Jahres bombardierte die NATO eine der beiden Fabriken, die für das Projekt benötigte Rohre herstellten — mit der Begründung, die Anlage werde militärisch genutzt, wofür unabhängige Journalisten keine schlüssigen Belege fanden (9). Nach Angaben der Vereinten Kinderhilfsorganisation UNICEF gefährdete die Zerstörung die Wasserversorgung von rund zwei Dritteln der libyschen Bevölkerung (9).

Der Nubische Sandstein-Aquifer selbst ist der größte bekannte fossile Grundwasserspeicher der Welt — mit einem geschätzten Gesamtvolumen von 150.000 bis 450.000 Kubikkilometern, verteilt unter Libyen, Ägypten, Sudan und dem Tschad (10, 11). Ein Ausbau des libyschen Vorbilds in diesen vier Ländern wäre technisch keine Utopie: Mit gut 4.000 Kilometern Leitungslänge bewegte sich das GMMR bereits in derselben Größenordnung wie die längsten zusammenhängenden Erdöl- und Erdgasfernleitungen der Welt, etwa die 4.857 Kilometer lange Eastern-Siberia-Pacific-Ocean-Pipeline in Russland oder das chinesische West-Ost-Gaspipelinenetz mit insgesamt 8.707 Kilometern (12).

Dass ein solcher Ausbau kein reines Gedankenspiel ist, zeigt ein tatsächlich existierendes Vergleichsprojekt: Transaqua, seit den 1970er-Jahren geplant und seit 2018 mit Unterstützung des chinesischen Staatskonzerns PowerChina in einer

Machbarkeitsstudie, sieht einen 2.400 Kilometer langen Kanal vor, der Wasser aus Nebenflüssen des Kongo zum stark geschrumpften Tschadsee leitet — bis zu 50 bis 100 Milliarden Kubikmeter Wasser jährlich, zwölf beteiligte Länder, veranschlagte Kosten von 50 Milliarden Dollar (13, 14). Das entspricht rund 20,8 Millionen Dollar pro Kilometer. Legt man diesen Wert näherungsweise auf ein hypothetisches Nord-Süd-und-Ost-West-Leitungsnetz durch den afrikanischen Kontinent um — grob 15.400 Kilometer, orientiert an der Kontinentalausdehnung von etwa 8.000 mal 7.400 Kilometern —, ergäbe sich eine Kostenschätzung von rund 320 Milliarden Dollar.

Selbst mit einem großzügigen Aufschlag um das Fünf- bis Zehnfache, um Gebirgsüberquerungen und den gegenüber einem flachen Kanal höheren Pumpaufwand für Wasser einzupreisen, ergäbe das 1,6 bis 3,2 Billionen Dollar. Das wäre immer noch weniger als die Hälfte dessen, was allein der „Krieg gegen den Terror“ gekostet hat. Diese Rechnung ist ausdrücklich eine grobe Hochrechnung, keine ingenieurtechnische Kalkulation — sie zeigt aber die Größenordnung.

Die eigentliche Grenze eines solchen Projekts läge dabei nicht in der Verlegetechnik, die bestehende Pipelines bereits erwiesen haben, sondern in Topografie und Wasserquelle. Bezeichnend ist deshalb, dass Transaqua bewusst nicht auf den weitgehend fossilen Nubischen Aquifer setzt, sondern auf den Kongo — einen der wasserreichsten Flüsse der Erde mit einer durchschnittlichen Schüttung von etwa 41.000 Kubikmetern pro Sekunde (15). Radiokohlenstoff- und Tritiumdatierungen zeigen zwar, dass der weit überwiegende Teil des Nubischen Aquifers während feuchterer Klimaperioden vor Zehntausenden bis über einer Million Jahren eingelagert wurde; vereinzelt weisen Studien aber auch heutige, lokal begrenzte Neubildung nach — für ein Testgebiet auf der Sinai-Halbinsel etwa rund 13 Millionen Kubikmeter pro Jahr (19), verschwindend wenig gegenüber der jährlichen GMMR-Entnahme

von 2,4 Kubikkilometern allein für Libyen. Für Libyen, Ägypten, Sudan und den Tschad bliebe der Aquifer damit eine reale, aber überwiegend endliche Ressource für einen mehrgenerationenlangen Ausbau nach GMMR-Vorbild.

Zwei Konsequenzen, die weit über Afrika hinausreichen

Was ein fortgesetztes und ausgebautes GMMR weltweit bewirkt hätte, lässt sich an zwei Entwicklungen ablesen, die heute gut dokumentiert sind. Sie zeigen, wie eng ein einzelnes Wasserinfrastrukturprojekt mit globalen Krisenphänomenen verknüpft sein kann — das eine unmittelbar durch den Krieg von 2011 verursacht, das andere durch das bis heute ausstehende Gegenstück in Zentralafrika veranschaulicht.

Die erste betrifft die Migration nach Europa. Unter Gaddafi war Libyen kein Ausgangspunkt für die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer, sondern selbst ein Aufnahmeland für afrikanische Arbeitsmigranten. Die durch Ölerlöse finanzierten Großprojekte — das GMMR allen voran — schufen einen erheblichen Bedarf an Arbeitskräften in Landwirtschaft und Bauwesen. Begünstigt durch Gaddafis pan-afrikanische Politik mit visafreier Einreise für Bürger anderer afrikanischer Staaten zog Libyen ab den 1970er-Jahren gezielt Arbeitsmigranten aus dem gesamten Kontinent an.

> ***Erst der Sturz Gaddafis 2011 und der anschließende Staatszerfall verwandelten das Land, wie es in der Migrationsforschung heißt, von einem Migrationsziel in eine gefährliche Transitzone Richtung Europa (16).***

Die heutige Fluchtroute über Libyen, auf der seither Tausende Menschen im Mittelmeer ertrunken sind, ist damit keine

Naturkonstante, sondern eine unmittelbare Folge jenes Krieges, der auch das GMMR beschädigte.

Die zweite Konsequenz betrifft Sicherheit und Extremismus, sichtbar am bereits erwähnten Tschadsee. Dieser hat seit den 1960er-Jahren mehr als 90 Prozent seiner Fläche verloren. Mehrere unabhängige Untersuchungen — darunter eine vom deutschen Auswärtigen Amt beauftragte Studie des Instituts Adelphi sowie Berichte des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen — belegen einen direkten Zusammenhang zwischen diesem Wasserschwund, dem Zusammenbruch der Fischerei- und Landwirtschaftsökonomie in der Region und der Rekrutierungsfähigkeit der Terrororganisation Boko Haram (17). Allein im Umkreis von rund 160 Kilometern um den See wurden zwischen 2009 und 2018 mehr als 15.000 Tote durch die dortigen Konflikte gezählt (18). Ein rechtzeitig ausgebautes Wasserinfrastrukturprojekt — sei es in Anlehnung an das GMMR, sei es über einen früheren Beginn von Transaqua — hätte diesem Gewaltmarkt möglicherweise eine wesentliche wirtschaftliche Grundlage entzogen. Das ist kein Ersatz für politische Konfliktlösung, aber ein von mehreren Forschungseinrichtungen dokumentierter Risikofaktor weniger.

Beide Beispiele zeigen: Die Folgen eines destruktiven militärischen Eingriffs oder eines unterlassenen Entwicklungsprojekts bleiben nicht auf die betroffene Region beschränkt. Sie wandern — als Migrationsbewegung über das Mittelmeer, als Gewaltökonomie über nationale Grenzen hinweg — dorthin, wo die eigentlichen Ursachen längst vergessen scheinen.

Ein Krieg, der bis heute weiterläuft

Während sich am libyschen Beispiel und seinen Folgewirkungen

zeigen lässt, was ein Krieg vor eineinhalb Jahrzehnten bereits zerstört hat, liefert die Gegenwart das nächste Kapitel derselben Rechnung. Aktualität gewinnt diese durch den laufenden Krieg gegen den Iran. Nach übereinstimmenden Berichten von *Reuters*, *CBS News*, *CNN* und dem öffentlich-rechtlichen amerikanischen Sender *NPR* haben die Vereinigten Staaten inzwischen praktisch ihren gesamten weltweiten Bestand an bestimmten Langstreckenpräzisionswaffen verbraucht — darunter die sogenannten Army Tactical Missile Systems und Precision Strike Missiles (6). Der Bestand an Abfangraketen des Typs THAAD ist nach Angaben von *CNN* um etwa 80 Prozent gesunken, jener an Patriot-Abfangraketen um die Hälfte (7). Das Zentrum für strategische und internationale Studien in Washington hält fest, Präsident Donald Trump habe dieses Risiko bewusst in Kauf genommen — einschließlich der Abzweigung von Streitkräften aus dem westlichen Pazifik, die eigentlich für einen möglichen Konflikt mit China vorgehalten werden (8).

Mit anderen Worten: Selbst die für ein mögliches künftiges Kräftemessen mit einer Großmacht zurückgelegten Reserven werden im Nahen Osten aufgebraucht. Das amerikanische Verteidigungsministerium hat entsprechende Berichte öffentlich bestritten, doch die Konvergenz mehrerer unabhängiger Nachrichtenquellen spricht für deren Wahrheitsgehalt.

Warum das Geld trotzdem fließt

Die entscheidende Frage lautet nicht, ob solche Summen für sinnvollere Zwecke hätten verwendet werden können — das steht angesichts der genannten Zahlen außer Zweifel. Die eigentliche Frage lautet, warum ein politisches System, das nachweislich die Fähigkeit besitzt, Billionen Dollar für Kriegsführung zu mobilisieren, dieselbe Fähigkeit nicht für die Beseitigung von Hunger, Krankheit

und Armut aufbringt.

Eine Antwort liegt in der Struktur der amerikanischen Rüstungswirtschaft selbst.

> ***Der amerikanische Verteidigungshaushalt erreicht im Jahr 2026 nach Angaben von Fuchs mit rund einer Billion Dollar ein historisches Allzeithoch, für das Jahr 2027 ist eine weitere Erhöhung um 50 Prozent vorgesehen — und dies zu einer Zeit, in der laut einer Umfrage des Searchlight Instituts 62 Prozent der amerikanischen Bevölkerung es vorziehen würden, sich aus Kriegen so weit wie möglich herauszuhalten (2).***

Rüstungsproduktion ist in den Vereinigten Staaten über Zulieferketten so über nahezu jeden Kongresswahlkreis verteilt, dass Kürzungen parteiübergreifend auf Widerstand stoßen — während die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung diffus und politisch unorganisiert bleibt. Hinzu kommt eine außenpolitische Bürokratie in Pentagon, Außenministerium und Geheimdienstapparat, deren Karrierepfade und institutionelles Gewicht über Jahrzehnte an eben jene militärische Präsenz gekoppelt wurden, deren Sinnhaftigkeit heute selbst im Council on Foreign Relations infrage gestellt wird.

Die Rechnung, die niemand aufmacht

Man stelle sich vor, was mit acht Billionen Dollar tatsächlich hätte bewirkt werden können — nicht nur die mehrfache Beendigung des weltweiten Hungers, sondern ebenso umfassende Investitionen in Klimaanpassung, Gesundheitsversorgung und Bildungsinfrastruktur in den ärmsten Regionen der Welt. Dass diese Summen stattdessen in die Zerstörung ganzer Gesellschaften geflossen sind — mit Folgekosten, die sich in Millionen Toten und zig Millionen Vertriebenen bemessen lassen —, ist keine abstrakte Fußnote der

Geschichte, sondern eine gegenwärtige politische Entscheidung, die sich in Echtzeit im Krieg gegen den Iran wiederholt.

Der Artikel von Michael Fuchs in *Foreign Affairs* ist deshalb bemerkenswert, weil er diese Entscheidung erstmals prominent aus dem Zentrum des außenpolitischen Establishments selbst infrage stellt. Ob daraus tatsächlich ein Kurswechsel wird oder ob die beschriebenen strukturellen Zwänge — Rüstungsindustrie, Bürokratie, die Angst vor Glaubwürdigkeitsverlust — stärker bleiben als die nüchterne Bilanz von acht Billionen Dollar und Millionen Toten, wird sich zeigen.

Und vielleicht liegt darin die eigentliche, unbequemste „Pointe“ dieser Rechnung: Wenn überwältigende Mehrheiten der Bevölkerung — wie jene eingangs genannten 62 Prozent, die sich aus Kriegen heraushalten wollen — einen Krieg klar ablehnen und ihre gewählten Regierungen ihn dennoch führen, dann regiert dort offenkundig nicht der Wille des Volkes, wie es der griechische Wortursprung von Demokratie, demos kratein, eigentlich verspricht.

> ***Es regieren andere Kräfte — Rüstungsindustrie, Bürokratie, eine ihrer eigenen Logik verpflichtete außenpolitische Klasse. Was sich in solchen Momenten „Demokratie“ nennt, ist dann, wenn überhaupt, bestenfalls ihre Simulation.***

Alex Günther ist Autor und medienpolitischer Analyst.